



Berlin-Brief

von Josip Juratovic
Mitglied des Deutschen Bundestages

19.Januar 2007

**Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

zunächst wünsche ich allen ein gutes neues und politisch erfolgreiches Jahr. In Berlin hat der Bundestag seine Arbeit wieder aufgenommen. Im Mittelpunkt der nächsten sechs Monate steht im politischen Berlin unzweifelhaft die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union.

Die Bundestagsfraktion hat mich in den Ad Hoc-Gesprächskreis „Grünbuch der EU-Kommission zur Modernisierung des Arbeitsrechts“ berufen. Grünbücher sind von der EU-Kommission veröffentlichte Mitteilungen. Diese dienen Diskussion über einen bestimmten Politikbereich. In diesen Fall über die Modernisierung des Arbeitsrechts. Sie richten sich an die Mitgliedstaaten und an interessierte Dritte, Organisationen und Einzelpersonen, die die Möglichkeit erhalten, an der jeweiligen Konsultation und Beratung teilzunehmen. Ziel des Gesprächskreises der Fraktion ist es, zum Ende der Konsultation (31.März 2007) eine Position der SPD-Fraktion zu erarbeiten und diese als eigenständigen Beitrag in das Konsultationsverfahren einzubringen. Ende der kommenden Woche wird der Text des Grünbuchs (17 Seiten) und weitere Informationen zur Beteiligung auf meiner Homepage abrufbar sein.

Herzlich bedanken möchte ich mich für die vielen positiven Rückmeldungen zum Berlin-Brief. In den nächsten Wochen soll die Verbreitung des Berlin-Briefs unter den Mitgliedern erhöht werden. Dazu brauche ich Eure Mithilfe. Einige unserer Genossinnen und Genossen verfügen nicht über einen Internet-Anschluss und haben somit bisher keinen Zugriff auf den Berlin-Brief. Deshalb soll in den nächsten Wochen ein Verteiler für eine Papierausgabe aufgebaut werden. Ich wäre Euch sehr dankbar, wenn ihr den Berlin-Brief an ältere Genossen weitergeben könntet und darauf hinweist, dass Sie in Zukunft, wenn gewünscht, diesen Newsletter über das Wahlkreisbüro kostenfrei abonnieren können.

Mit freundlichen Grüßen



Josip Juratovic MdB

Klausur der SPD-Bundestagsfraktion in Brüssel

Am 12. Januar 2007 fand aus Anlass der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 die Fraktionsklausur der SPD-Bundestagsfraktion in Brüssel statt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, und dem Vorsitzenden der deutschen Gruppe in der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament (SPE), Bernhard Rapkay, richtete Josep Fontelles Borell, der bis 16. Januar 2007 Präsident des Europäischen Parlaments war, sein Grußwort an die SPD-Bundestagsfraktion. Es folgten Referate des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und des deutschen Außenministers, Frank-Walter Steinmeier. Weitere Referate über die Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Dimension in der EU wurden vom Vizepräsidenten der Europäischen Union, Günter Verheugen, sowie von Franz Müntefering gehalten.

- **Resolution zur Ratspräsidentschaft**

Außerdem beschloss die SPD-Bundestagsfraktion die Resolution „Gemeinsam für ein wettbewerbsfähiges und sozial gerechtes Europa“. Mit der Resolution macht die Fraktion ihre zentralen Eckpunkte für die deutsche Ratspräsidentschaft deutlich: Den europäischen Verfassungsprozess fortführen; Wirtschaftliche Dynamik und soziale Verantwortung verzahnen; Sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleisten; Stabilität und Wohlstand durch Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn sichern und Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Weitere Informationen unter: www.deutsche-eu-ratspraesidentschaft.de

Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen

Am 18. Januar 2007 brachten die Koalitionsfraktionen ihren Antrag „Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen – Synergieeffekte für die weltweite Energie- und Entwicklungsförderung besser nutzen“ (Drs.16/4045) ein. Darin fordern CDU/CSU und SPD, dass die Entwicklungspolitik als eigenständiges, nachhaltiges Element in eine umfassende, langfristig angelegte Energie-Außenpolitik einbezogen werden muss.

Zielsetzungen des Antrages sind die entwicklungsfördernde Verwendung der Einnahmen in ressourcenreichen Entwicklungsländern, die Senkung der Ölimportabhängigkeit von ressourcenarmen Entwicklungsländern durch erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die Energieversorgungssicherheit in Deutschland durch Diversifizierung und internationale Kooperation sowie die Verzahnung der globalen Klimaschutzpolitik mit den entwicklungspolitischen Zielen. Die Zusatzeinnahmen aus der Öl- und Gasförderung sollen in den Entwicklungsländern dazu beitragen, die entwicklungspolitischen Ziele der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zu erreichen. Im September 2000 haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, die weltweite Armut zu bekämpfen, den Frieden zu sichern, die Umwelt zu schützen und die Globalisierung gerecht und nachhaltig zu gestalten. Die effiziente und kostengünstige Energieversorgung ist gerade für Entwicklungsländer ein vorrangiges Anliegen, um lokales Wirtschaftswachstum zu unterstützen. Die Bundesregierung soll sich während des G8-Vorsitzes für eine internationale Vereinbarung zur Steigerung der Energieeffizienz einsetzen, um damit die globale Nachfrage nach Energieressourcen zu reduzieren.

12. Kinder- und Jugendbericht

Wie Familien in ihrer Verantwortung für ihre Kinder durch Kindertageseinrichtungen, Schulen und die Jugendhilfe so unterstützt werden können, dass alle Kinder und Jugendlichen die bestmöglichen Bildungschancen erhalten, ist Thema des 12. Kinder- und Jugendberichts (Drs. 15/6014), der am 19.1.2007 im Bundestag debattiert wurde. Basierend auf einem ganzheitlichen Bildungsbegriff unterstützt der Bericht ausdrücklich die Familienpolitik der vergangenen Legislaturperiode, vor allem den Ausbau von Ganztagschulen und von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren. Die Sachverständigen fordern eine Weiterentwicklung dieser Politik, zum Beispiel durch die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz auf unter dreijährige Kinder – auch dies entspricht den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion und findet sich als Forderung auch im Koalitionsvertrag wieder.

- **Faire Chancen für Kinder**

Im gemeinsamen Antrag von SPD und CDU/CSU „Öffentliche Verantwortung wahrnehmen – mit fairen Chancen Kinder stark machen“ (Drs. 16/2754) fordern die Parlamentarier die Bundesregierung auf, sich für den Ausbau von Ganztagsangeboten in der Betreuung

von unter Dreijährigen und Kindergartenkindern einzusetzen sowie nach Wegen zu suchen, wie langfristig Beitragsfreiheit von Kindertagesbetreuung zu erreichen ist. Ziel ist eine gute Qualität von Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an. Der Verbesserung der Situation von benachteiligten jungen Menschen kommt hierbei besondere Bedeutung zu.

Förderung von Nachrüstung mit Dieselrußfiltern

Mit dem am 18.1.2007 in 1. Lesung beratenen Gesetzentwurf zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (Drs. 16/4010) soll die Nachrüstung von Filtern für Dieselrußpartikel steuerlich gefördert werden. Nicht nachgerüstete Fahrzeuge und Neufahrzeuge, die nicht den Partikelgrenzwert einhalten, sollen künftig geringfügig höher besteuert werden.

▪ Die vorgesehenen Regelungen

Diesel-Pkw, deren Erstzulassung vor dem 1. Januar 2007 liegt, erhalten eine befristete Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von 330 Euro, wenn sie in der Zeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2009 mit wirksamer Partikelminderungstechnik nachgerüstet werden. Die Steuerbefreiung beginnt jeweils mit dem Tag, an dem die Voraussetzungen nachgewiesen werden, für Nachrüstungen bis 31. März 2007 einheitlich am 1. April 2007. Die Steuerbefreiung deckt etwa 50 Prozent der Nachrüstkosten.

Nicht nachgerüstete Diesel-Pkw mit erstmaliger Zulassung bis zum 31. Dezember 2006 sowie ab dem 1. Januar 2007 zugelassene Diesel-Pkw, die nicht den Partikelgrenzwert der künftigen Euro-5-Partikelgrenzwert von fünf Milligramm pro Kilometer einhalten, werden in der Zeit vom 1. April 2007 bis zum 31. März 2011 mit einem Zuschlag auf die Kraftfahrzeugsteuer von 1,20 Euro je 100 cm³ besteuert.

Nach langem Ringen um einen Kompromiss zwischen Bund und Ländern startet nun endlich das Gesetzgebungsverfahren und soll zügig abgeschlossen werden. Die Kommunen sind angesichts der hohen und gesundheitsgefährdenden Feinstaubbelastung in zahlreichen Städten und Gemeinden darauf angewiesen, dass möglichst viele Fahrzeuge mit Partikelfiltern ausgerüstet werden.

Einführung von REITs

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen eingebracht, den der Bundestag am 18.1.2007 in 1. Lesung beraten (Drs. 16/4026). Der Gesetzentwurf führt Real Estate Investment Trusts (REITs) in Deutschland ein, damit die Lücke bei der indirekten Immobilienanlage geschlossen wird und eine Wettbewerbsgleichheit gegenüber anderen europäischen Finanz- und Immobilienstandorten erreicht werden kann.

▪ Investitionen in Immobilienvermögen eröffnen

Der deutsche REIT wird als in Deutschland ansässige Aktiengesellschaft (REIT-AG) ausgestaltet, die an der Börse notiert sein muss. Der REIT soll auch Kleinanlegern die Möglichkeit einer Investition in Immobilienvermögen eröffnen. Deshalb wird eine Streubesitzregelung mit einer Quote von 15 Prozent eingeführt („Mindeststreubesitz“). Die REIT-AG ist von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit, vorausgesetzt sie beschränkt sich auf ihre Haupttätigkeit (Erwerb, Bewirtschaftung und Verkauf von Immobilien). Die Besteuerung der Erträge des REIT erfolgt nach Ausschüttung direkt und vollständig als Dividende. An einer REIT-AG darf sich ein einzelner Aktionär nur mit weniger als 10 Prozent direkt beteiligen („Höchstbeteiligungsklausel“).

Bestandsimmobilien, deren Nutzfläche zu mehr als 50 Prozent Wohnzwecken dient, werden damit nicht zum Anlagebestand eines REITs gehören dürfen. Hintergrund dieser Ausnahme ist der Schutz von Mieterinteressen und die Gewährleistung einer nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung.

Innovationen für Deutschland durch EU-Forschungsrahmenprogramm

Der Antrag der Koalitionsfraktionen „Innovationen für Deutschland durch das Siebte Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union“ (Drs. 16/1547) wurde am 18.1.2007 im Bundestag mehrheitlich angenommen. Die Forschungsrahmenprogramme sind das wichtigste Förderinstrument der Europäischen Union zur Realisierung eines wettbewerbs- und leistungsfähigen Forschungs- und Innovationsraums.

Mit über 54 Milliarden Euro für Wissenschaft und Forschung plant die Europäische Union das weltweit größte Programm zur Forschungsförderung. Von dem Programm werden wichtige Impulse für die deutsche Wissen-

schaft und Wirtschaft erwartet. Deutsche Forschende sind durchschnittlich an 80 Prozent aller EU-Projekte beteiligt.

- **Konzentration auf innovative marktorientierte Forschungs- und Entwicklungsfelder**

Für die Regierungskoalition hängt der Erfolg des Siebten Forschungsrahmenprogramms entscheidend davon ab, dass die Konzentration auf innovative marktorientierte Forschungs- und Entwicklungsfelder gelingt, Wettbewerb und Exzellenz Kriterien für die Mittelvergabe werden und die Rahmenbedingungen und Verfahren transparenter und unbürokratischer gestaltet werden. Im Einzelnen ist auf die Kontinuität des Bewährten, Fokussierung auf angewandte Forschung und Schlüsseltechnologien, Förderung von Wettbewerb und Exzellenz, Qualifikation und Mobilität der Wissenschaftler, Evaluierung des Erreichten sowie Entbürokratisierung von Strukturen und Verfahren hinzuwirken.

Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Der Deutsche Bundestag hat am 17.1.2007 in 1. Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (Drs. 16/3950, 16/4020) beraten. Alle bislang vorgesehenen Änderungen werden im weiteren parlamentarischen Verfahren beschlossen. Die abschließende 2./3. Lesung soll am 2. Februar stattfinden.

- **Versicherungspflicht für alle**

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass ab 1.1.2009 in Deutschland erstmals eine Versicherungspflicht für alle besteht. Die Bezahlbarkeit der Krankenversicherung wird hierbei sichergestellt. Für Versicherte, die dem GKV-System zuzuordnen sind, gilt die Versicherungspflicht bereits ab 1.4.2007. Alle, die nicht in der GKV pflicht- oder freiwillig versichert sind, müssen sich ab 1.1.2009 in der Privaten Krankenversicherung zum neuen Basistarif oder in einem anderen PKV-Tarif absichern.

Des Weiteren wurde u. a. erreicht, dass alle Rehabilitationsleistungen in den Pflichtkatalog der GKV aufgenommen werden. Im Bereich der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung wurde vereinbart, dass auf eine außerordentliche Genehmigung durch die Krankenkassen verzichtet wird und dass auch Kinder berechtigt sind, die Leistungen in Anspruch zu nehmen. Anstelle des einmaligen Einsparbetrages in Höhe von 500 Millionen Euro durch

die Apotheken, wurde eine dauerhafte Erhöhung des Apothekenrabattes zugunsten der Kassen von 2 Euro auf 2,30 Euro verabredet. Die Apotheken werden außerdem verpflichtet, bei Verschreibung von Wirkstoffen, das Präparat, das für die Kasse am preiswertesten ist, an die Patienten abzugeben.

Weitere Themen im Plenum:

- **Einheitlicher elektronischer Geschäftsverkehr**
- **UNESCO-Übereinkommen gegen Doping ratifizieren**
- **Änderung arbeitsrechtlicher Vorschriften in der Wissenschaft**
- **Änderung des Bundesvertriebenengesetzes**
- **Wertpapierhandel wird transparenter**

Termine

Bei Fragen wendet Euch bitte an mich oder an eines meiner Büros.